



KPO

Frauen



Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau

„Warum ein Frauenprogramm nötig ist“

Seit Beginn der Krise hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage dramatisch verschärft – auch in Österreich und in der Steiermark. Frauen waren und sind davon besonders betroffen. Die neoliberale Politik hat negative Auswirkungen auf das Leben der Menschen. Wir erleben einen massiven Rückschritt. Weltweit haben sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen verändert. Frauen sind die ersten, die mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, schlecht bezahlten Teilzeitjobs und einer generellen Senkung des Lohnniveaus auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind.

Gleichzeitig werden auf politischer Ebene Strukturen abgeschafft und ausgehungert, die eingerichtet wurden, um für die Rechte von Frauen einzutreten und diese zu verteidigen. Gerade vor diesem Hintergrund brauchen wir in der Steiermark eine fortschrittliche Frauenpolitik, denn nach wie vor verdienen Frauen weniger, haben geringere Aufstiegschancen im Beruf und leisten den Großteil der unbezahlten Arbeit.

Die Kürzungen auf Landesebene treffen Frauen doppelt und dreifach. Sie verlieren ihre Jobs, weil sie z.B. im Sozial- oder Gesundheitsbereich arbeiten. Sie leiden unter der Kürzung von sozialen Leistungen, weil sie die Mehrheit der Anspruchsberechtigten aufgrund ihrer niedrigen Einkommen ausmachen. Sie müssen mit geringeren Pensionen auskommen, weil sie oft viele Jahre Teilzeit gearbeitet haben, um neben ihrer Berufstätigkeit Kinderbetreuung und/oder die Pflege von Angehörigen leisten zu können. Frauen sind deshalb auch in hohem Maß von Altersarmut betroffen.

Für Kommunistinnen und Kommunisten darf das Ziel der Gleichstellung von Männern und Frauen nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Die KPÖ tritt dafür ein, dass alle Menschen, Männer und Frauen, unabhängig von ihrer Herkunft, in ihrem sozialen Umfeld, am Arbeitsplatz und in allen anderen Lebensbereichen die gleichen Rechte genießen. Ein allgemein formuliertes Recht heißt aber noch lange nicht, dass es von allen gleich wahrgenommen werden kann. Die vorliegende Broschüre ist ein Auszug aus dem Steirischen Frauenprogramm - ein Beitrag und ein Aufruf für ein eigenständiges Engagement der Frauen!

Lieber *gleich*berechtigt als später!

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, unabhängig von Geschlecht und Herkunft, in ihrem sozialen Umfeld, am Arbeitsplatz und in allen anderen Lebensbereichen die gleichen Rechte genießen. Wir wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung.

Wir treten gegen alle Formen physischer und psychischer Gewalt gegen Frauen auf und fordern die bessere finanzielle Unterstützung von Organisationen und Initiativen, welche die Verhinderung von Gewalt zum Ziel haben.

Wir verlangen eine in ganz Österreich geltende einheitliche Sozialgesetzgebung. Soziale Sicherheit muss durch Umverteilung von oben nach unten finanziert werden. Sowohl im Sinne der (Neu-)Verteilung von Zeit, Geld und Arbeit als auch gegen die wachsende Armut sind eine existenzsichernde Grundsicherung und eine den Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung notwendig.

Wir nutzen alle Möglichkeiten, um die internationale Zusammenarbeit für Abrüstung und Friedenssicherung zu stärken, denn der Friede ist erstes Menschenrecht.

Wir lehnen die Wehrpflicht für Frauen ab. Wir wehren uns gegen Bestrebungen, ein Berufsheer zu schaffen, und verlangen die Streichung der Ausgaben für offensive und repressive Militäreinsätze.

Als Partei, deren Mitglieder aktiv am Kampf gegen den Hitlerfaschismus teilgenommen haben, bei dem auch viele Genossinnen ihr Leben lassen mussten, kämpfen wir gegen wiederauflebenden Faschismus und Rechtsextremismus sowie gegen Rassismus, Gewalt und Sexismus. Wir treten gegen Sexismus in allen Lebensbereichen ein (z.B. in der Werbung oder am Arbeitsplatz). Verstöße sollen strafrechtlich geahndet werden.

Wir fordern die Abschaffung der systematischen Unterdrückung der Frauen und die Beseitigung männlicher Privilegien.



Elke Kahr, Stadträtin

„Wohnen ist ein Menschenrecht!“

Das teure Wohnen trägt dazu bei, dass immer mehr Menschen in unserem Land immer weniger Geld zur Verfügung haben. Besonders schlimm ist die Situation für Frauen, da viele von ihnen schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen oder aufgrund von Betreuungspflichten (Kindererziehung, Altenpflege) nur Teilzeitbeschäftigungen nachgehen und nur über ein sehr niedriges Einkommen verfügen. Viele von ihnen sind Alleinerzieherinnen, ständig konfrontiert mit Zeit- und Geldnöten.

Während die Teuerung in anderen Bereichen zurückgeht, steigen die Wohnungskosten besonders stark an. Wir brauchen klare Mietzinsobergrenzen, eine Wohnbeihilfe, die ihren Namen auch verdient und Förderungen, die das Wohnen leistbar machen. Denn Wohnen ist ein Menschenrecht!

Ing.in Renate Pacher, Stadträtin

„Nichts muss so bleiben wie es ist“

Wir alle werden im Kapitalismus ausgebeutet, deformiert und wichtiger Lebenschancen und Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Und dennoch sieht die Art der Unterdrückung in einigen Bereichen anders aus, je nachdem ob wir als Frauen oder Männer geboren werden. Weil die Lebenssituation von Männern und Frauen sich unterscheidet, ist es wichtig ein eigenes Frauenprogramm zu haben. Damit kann auf die konkrete Betroffenheit von Frauen eingegangen werden.



Ina Bergmann, Selbstständig

„Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten auf 72 Stunden hat die Lage der im Handel beschäftigten Frauen weiter verschlechtert.“

Immer mehr Frauen sind gezwungen, mehrere Jobs anzunehmen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Auf jahrelange harte Arbeit folgt ein Pensionistinnendasein an oder unter der Armutsgrenze. Diese Regelung muss zurückgenommen werden und der Sonntag absolut unangetastet bleiben!



Gabi Leitenbauer, Vizebürgermeisterin
„Menschen retten anstatt Banken“

Miete, Wasser, Strom und Lebensmittel - das Leben wird immer teurer, während Löhne und Pensionen sinken. Frauen sind von dieser katastrophalen Entwicklung besonders betroffen. Gleichzeitig werden zur Rettung von Banken und Konzernen Milliarden locker gemacht. So wie es ist, darf es nicht bleiben!



Elfriede Wieser, Angestellte
„Wir brauchen flächendeckend qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen“

Immer noch gibt es in der Steiermark zu wenig ganztägige Kinderbetreuungsangebote, die für die Eltern leistbar sind. Die Beschäftigten im Handel (überwiegend Frauen) und vor allem Alleinerzieherinnen sind die Leidtragenden. Der Abwanderung in Ballungszentren könnte man damit entgegen wirken. Wir werden uns weiterhin für den Ausbau von qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen einsetzen, damit Beruf und Familie für Männer und Frauen vereinbar sind! Ebenso brauchen wir mehr öffentliche Kinderspielplätze. Es ist höchste Zeit, diese Probleme zu lösen.

Elke Heinrichs, Biomedizinische Analytikerin
„Gegen das Ausbrennen!“

Ich spreche mich aus für die gerechte Anerkennung der Arbeit – zum überwiegenden Teil die Leistung von Frauen unserer Gesellschaft – im Haushalt und zur Betreuung und Pflege unserer Mitmenschen. Solch unerlässliche Aufgaben sind in Zeiten wie diesen immer häufiger neben der Last von mehr als 8-Stunden-Erwerbsarbeitstagen zu schultern!



Karin Gruber, Sozialarbeiterin
„Die Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher von Mindestsicherung nimmt ständig zu.“

Immer mehr Frauen sind prekär beschäftigt, arbeiten als neue Selbstständige, haben Teilzeitjobs oder Werkverträge. Mit den Löhnen aus dieser Arbeit sind sie oft unter dem Existenzminimum und gezwungen Mindestsicherung zu beziehen. In der Steiermark wurde das Verschlechterungsverbot beim Mindestsicherungsgesetz nicht eingehalten, die Sozialhilfe wurde 14 Mal jährlich ausbezahlt, die Mindestsicherung nur 12 Mal. Dies kann nicht im Sinne der Armutsbekämpfung sein. Die Rückersatzpflicht für Angehörige wurde vor allem durch die Bemühungen der KPÖ mit Juli 2014 abgeschafft. Als Sozialarbeiterin ist mir ein faires, armutsverhinderndes, menschenwürdiges Mindestsicherungsgesetz ein besonderes Anliegen.



Mag.^a Ulrike Taberhofer, Angestellte
„Frau zu sein heißt in unserer Gesellschaft, doppelt diskriminiert zu sein.“

Das Wissen um diese Tatsache hat dazu geführt, dass sich ein vielfältiges Netz an Fraueninitiativen gebildet hat. Diese Einrichtungen leisten unermüdlich gesellschaftlich notwendige Arbeit zu immer schlechter werdenden Bedingungen. Ausbleibende und laufend gekürzte Subventionen erschweren die kontinuierliche Arbeit und eine langfristige Planung ist nur unter Anstrengungen und persönlichen Mehrleistungen möglich. Ich kämpfe dafür, diese Situation umgehend und dauerhaft zu beseitigen.



Martina Osmani, Unternehmerin
„Ich setze mich für die Selbstbestimmung der Frau im Beruf ein“

Jede Frau sollte, gemäß ihren Talenten, einen Beruf ausüben können, der ihre Selbstachtung und ihre Motivation erhöht und sie soll als wertvolles Mitglied unserer Gesellschaft anerkannt werden. Die Arbeitszeiten sollten bei vollem Lohnausgleich an ihre Familienverhältnisse angepasst sein.



Christine Braunersreuther, Diplom-Museologin

„Mein Wunschziel ist eine Gesellschaft, die allen Menschen gleiche Chancen eröffnet.“

Gleichheit bedeutet für mich: Gleiche Anerkennung der Arbeitsbelastung, gleiche Chancen durch das Aufbrechen der traditionellen Männerseilschaften und -bünde, mehr Partizipation insbesondere von Frauen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Leben und nicht zuletzt das Selbstbestimmungsrecht am eigenen Körper.

Inge Arzon, Pensionistin

„Wie soll man von 827,82 Euro leben?“

Das ist die derzeitige Mindestpension, die Ausgleichszulage schon inbegriffen. Überwiegend sind davon Frauen betroffen. Jahrelange Teilzeitarbeit, um damit Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, führen zu Pensionen an der Armutsgrenze. Einzahlungen für eine Zusatzpension sind mit dem Einkommen unmöglich. Die Armut im Alter ist vorprogrammiert. Sie macht Frauen zu Bittstellerinnen bei Ämtern und Institutionen und zwingt sie zum Dazuverdienen.

Ich setze mich dafür ein, dass Frauen einen würdevollen Lebensabend verbringen können. Dazu benötigen wir einerseits mobile Dienste und betreute Wohnformen und andererseits gute und leistbare Pflegeheime.



Martina Thomüller, Bäckerin

„Abtreibung ist Recht! Basta.“

Die Frau hat das Recht, frei über ihren Körper zu bestimmen. Sie allein entscheidet, was sie will und eben auch was sie nicht will. Den letzten Endes ist es die Frau selbst, die mit den Auswirkungen einer Schwangerschaft leben muss. Von ihrer dadurch resultierenden Stellung am Arbeitsmarkt ganz abgesehen. Daher wenden wir uns gegen alle Angriffe auf die Fristenlösung.



Lieber *gleich*berechtigt als später!

Die Demokratisierung der Bildung ist eine Voraussetzung dafür, gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht sowie ihrer körperlichen und psychisch-mentalenen Ausstattung, zu verwirklichen. Wir wollen, dass Bildung unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit zugänglich gemacht wird.

Kinder sollen die Möglichkeit haben, sich unabhängig von Rollenvorstellungen entwickeln und entfalten zu können. Unabhängig vom Geschlecht werden Stärken und Interessen gefördert und gleichzeitig das Selbstwertgefühl gestärkt. Deshalb fordern wir geschlechtssensible Pädagogik in allen Bildungseinrichtungen – von der Kinderkrippe bis zur Universität.

Der Kampf um den freien Bildungszugang, um Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplätze sowie der Widerstand gegen die restriktive Kürzungspolitik an den Schulen und Hochschulen erfordert unsere Solidarität.

Die gesellschaftlich notwendige Arbeit muss neu bewertet und aufgeteilt werden. Wir wollen eine gerechte Arbeitsteilung in allen Lebensbereichen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Beziehungs- und Hausarbeit soll beiden Geschlechtern ermöglicht werden.

Unterschiedliche Lebensformen (Wohngemeinschaften, Ehe und Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Paarbeziehungen, Singles, AlleinerzieherInnen u.a.) dürfen keine Diskriminierungen nach sich ziehen. Wir fordern eine individuelle Besteuerung und die Aufrechterhaltung des Systems der Pflichtversicherung.

Wir unterstützen lesbische Frauen, Intersexuelle und Transgender-Personen im Kampf gegen Diskriminierungen und in der freien Entscheidung für ein sexuelles Selbstverständnis.

Wir fordern, dass die eigenständige Entscheidung von Frauen, eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen, nicht nur straffrei gestellt, sondern rechtlich abgesichert wird und dass die Abtreibung versicherungsrechtlich dem Erkrankungsfall gleichgestellt wird.

Innerhalb unserer Partei haben wir Strukturen geschaffen, um es Frauen und Männern gleichermaßen zu ermöglichen, sich aktiv einzubringen.

Kandidaturen bei Wahlen:

In der KPÖ gilt das Reißverschlussprinzip, das bedeutet, es kommen abwechselnd Männer und Frauen zum Zug.

Leitungsfunktionen:

In Leitungen aller Ebenen wird eine 50%ige Vertretung von Frauen angestrebt.

Rahmenbedingungen:

Bei Sitzungen des Landesvorstandes, Parteitag und Großveranstaltungen wird kostenlose Kinderbetreuung angeboten, damit Männer und Frauen mit Kinderbetreuungspflichten teilnehmen können.



Impressum:
KPÖ Lagergasse 98a, 8020 Graz
Tel.: +43 (0) 316 / 71 24 79

